

Bildung

Rat ö 14.12.2010

Weiterentwicklung der Sek. I-Schulen im Innenstadtbereich (CDU-Fraktion) (TOP 7 b) (ÄA SPD und GRÜNE)

Beratungsverlauf:

Frau Thiel begründet den Antrag namens der CDU-Fraktion. Sie legt dar, dass für die Weiterentwicklung der Sek. I-Schulen im Innenstadtbereich Handlungsbedarf gesehen werde. Sie weist darauf hin, dass neben der Hauptschule an der Hakenstraße und der eigenständigen Realschule im ehemaligen Emma-Gebäude alle anderen Schulen in Osnabrück eingebunden seien. In der Innenstadt bleiben daneben die eigenständigen städtischen Gymnasien wie das Ratsgymnasium und das Carolinum; ferner seien die Schulen des Bistums Ursulenschule und Domschule zu betrachten. Nach Auffassung der CDU-Fraktion sei ein Haupt- und Realschulangebot in der Innenstadt dringend erforderlich. Nach Angaben der Schulleiter kommen die Schüler der Innenstadtschulen nicht aus bestimmten Stadtteilen, sondern sie sind dem gesamten Stadtgebiet zuzuordnen. In Anbetracht der an der Hakenstraße bestehenden räumlichen Gegebenheiten und zur Entwicklung eines neuen Profils wäre die Installation einer Oberschule vorteilhaft, zumal eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Schule an der Rolandsmauer bestehe. Ferner sei auf die gute Zusammenarbeit mit den Berufsschulen hinzuweisen.

Sie hebt hervor, dass die neue Schulform Oberschule auch den Übergang zum Gymnasium eröffne. Für noch wichtiger werde allerdings ein Angebot gehalten, das die Schüler in die berufsbildenden Schulen führe und einen Realschulabschluss oder ein Fachabitur ermögliche. Sie fordert, dass ein entsprechendes Angebot im Zentrum der Stadt liegen solle und die Oberschule nur im Konsens eingeführt werden solle. Sie spricht sich dafür aus, nach Herstellung eines entsprechenden Meinungsbildes der Betroffenen möglichst schnell zu handeln.

Frau Winkler begrüßt den Vorstoß namens der FDP-Fraktion. Sie reklamiert die Urheberchaft entsprechender Angebote auf Landesebene für die FDP-Fraktion. Sie sieht im Angebot der neuen Schulform Oberschule eine Qualitätsweiterentwicklung, die individuelle Lösungen für einzelne Schüler ermögliche. Sie bedauert, dass der schriftlich vorliegende Änderungsantrag von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine Beteiligung der Betroffenen vorsehe. Daher spricht sie sich für die Annahme der ersten drei Absätze des CDU-Antrages und Verweisung des 4. Absatzes gemeinsam mit dem Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus.

Herr Meimberg verweist darauf, dass die nunmehr eingeführte neue Schulform Oberschule in vergleichbarer Form schon einmal bestand, und zieht Parallelen zur Modellschule an der Käthe-Kollwitz-Schule. Er unterbreitet namens der Fraktion von SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den folgenden Änderungsantrag:

1. „Der Rat der Stadt Osnabrück **wertet die Einführung der neuen Schulform Oberschule als Teilschritt in Richtung eines integrativen Schulsystems und begrüßt, dass die Regierungsfaktionen des Landtags ihre vormalig ablehnende Haltung gegenüber früheren Kooperationsmodellen von Haupt- und Realschulen als falsch erkannt haben.**
2. Die Oberschule ist **für den Rat nur dann ein qualitativer Fortschritt des Schulangebots, wenn eine Kooperation mit der Sekundarstufe II bzw. bestehenden Gymnasien gelingen sollte.**
3. Der Rat der Stadt Osnabrück sieht die Integrative Gesamtschule als jenes Schulmodell an, das am ehesten dem Bildungsauftrag integrativer Beschulung gerecht wird.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ~~unter den Voraussetzungen von Punkt 3~~ zu prüfen, ob die Hauptschule Innenstadt und die Realschule Westerberg – eingebunden in die Kooperation mit einem bestehenden Gymnasium – die Voraussetzungen ~~ohne gymnasialen Zweig~~ für die Einführung einer Oberschule besitzen.“

Er verweist insgesamt auf den Absatz vier, wonach Gespräche darüber geführt werden sollen, ob eine Einbindung in eines der bestehenden Gymnasien möglich erscheine.

Frau Strangmann sieht namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Grund für den rapiden Rückgang der Schülerzahlen des dreigliedrigen Schulsystems in der vorhandenen Schulstruktur. Dem gegenüber haben immer mehr Eltern den Wunsch, ihren Kindern die Bildungschancen so lang wie möglich offen zu halten. Die Forderung der Eltern nach weiteren integrierten Gesamtschulen werde immer stärker. Sie sieht langfristig durch die Schaffung der neuen Oberschule das dreigliedrige Schulsystem aufgegeben. Sie kritisiert es, dass die integrierten Gesamtschulen und die Gymnasien nicht an der Oberschule beteiligt werden sollen. Sie sieht es als den Willen der Eltern an, die neue Oberschule mit gymnasialer Erweiterung anzubieten. Die Verwaltung solle durch den Änderungsantrag beauftragt werden, ein Konzept für den gesamten Sekundar – I -Schulbereich zu prüfen.

Frau Meyer zu Strohen weist die Argumentation zur Begründung des Änderungsantrages der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen als unzutreffend zurück. Vielmehr seien die bevorstehenden Änderungen des Schulsystems im Hinblick auf den zu verzeichnenden demografischen Wandel, dem Osnabrück nicht im so starken Umfang unterliege wie andere Gebietskörperschaften, zu sehen. Ferner weist sie die Aussage, wonach das dreigliedrige Schulsystem gescheitert sei, zurück. Es bestehe die Absicht zu einer qualitativen Weiterentwicklung der Osnabrücker Schullandschaft. Sie spricht sich dafür aus, in Osnabrück ein vielfältiges und vielgestaltiges Schulangebot herzustellen. Eine sofortige Kooperation mit einem bestehenden Gymnasium werde lediglich vor einer weitergehenden Prüfung – insbesondere mit Berufsbildenden Schulen – abgelehnt.

Herr Hagedorn bezeichnet den Ursprungsantrag der CDU-Fraktion als nicht rein sachbezogen. Er führt aus, dass die künftige Form der Oberschule mit didaktischen Konzepten gefüllt werden müsse. Er spricht sich dafür aus, alle betroffenen Beteiligten wie Schulleitungen, Lehrer, Eltern, Schüler in die künftige Diskussion einzubeziehen. Gleichzeitig sei jedoch die Schulstruktur vom Rat zu beschließen und zu vertreten. Er verweist auf weitere anstehende Strukturentscheidungen aufgrund des zu erwartenden demografischen Wandels, für die der Rat weiterhin die Verantwortung tragen werde.

Frau Neumann fordert namens der CDU-Fraktion, individuelle Schulangebote anzubieten und dabei nach Möglichkeit den Elternwillen einzubeziehen. Sie macht darauf aufmerksam, dass in Osnabrück fast jedes zweite Kind das Gymnasium besuche. Sofern Eltern Haupt- und Realschulen für ihre Kinder auswählen, geschehe dies in erster Linie für Schulen, die in Kooperationen eingebunden sind. Sie fordert eine nichtideologische Herangehensweise an das Thema. Sie spricht sich ausdrücklich dagegen aus, den Standort Innenstadt für Haupt- und Realschule aufzugeben. In der Einführung der Oberschule sieht sie großes Potenzial.

Herr Mierke äußert sich irritiert über einige Wortbeiträge und vertritt die Auffassung, dass die Einführung der neuen Schulform Oberschule darauf zurückzuführen sei, dass zunehmend Haupt- und Realschulen nicht berücksichtigt werden. Er sieht es als Tatsache, dass das dreigliedrige Schulsystem keinen Bestand mehr habe.

Zum Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde er es für ausreichend erachten, wenn über den ersten Halbsatz des Absatzes eins ein Beschluss gefasst würde. Ferner schlägt er vor, aus dem 2. Absatz die Wertung zu entfernen und die Wörter „nur dann“ zu streichen. Im Falle einer entsprechenden Änderung würde er den Änderungsantrag unterstützen.

Herr Dr. Simon sieht das bisherige Dreiklassenschulsystem künftig durch ein Zweiklassensystem abgelöst. Zwischen den künftigen beiden Schulformen Oberschule und Gymnasium sieht er keine Verknüpfung. Da gerade diese Verknüpfung durch den Änderungsantrag von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefordert werde, bittet er um Zustimmung. Für die Formulierung künftiger Bildungsziele sieht er die integrierte Gesamtschule als einziges optimales Modell. Er verweist auf die erfolgreiche Praxis in anderen Ländern.

Frau Stadträtin Rzycki merkt an, dass alle Schulformen, die eine Oberschule vorhalten wollen, mindestens fünfzügig sein sollten. Daneben bezeichnet sie die Schulform Oberschule – unabhängig von der Bezeichnung – als wichtig. Grundsätzlich seien alle Möglichkeiten, integrative Systeme zu entwickeln, zu begrüßen. Die Frage der Übergangsgestaltung bleibe hierbei ein Grundsatzproblem für sämtliche Schulformen. Sie spricht sich dafür aus, die Mög-

lichkeiten der Kooperationen zwischen sämtlichen Ausbildungsformen wie z. B. auch im Hinblick auf betriebliche Ausbildung zu überprüfen. Dies werde ein Kernthema der Schulentwicklungsplanung für den Sekundarbereich I und II sein. Für den Grundschulbereich werde die Planung im Januar weitgehend abgeschlossen sein. Wie bereits erwähnt, seien hierbei die Übergänge zwischen den einzelnen Schulformen von großer Bedeutung.

Herr Oberbürgermeister Pistorius begrüßt die Überlegung, in der Innenstadt eine Oberschule einzurichten. Er erinnert daran, dass es zu den ersten Maßnahmen der neu gewählten Landesregierung 2003 gehörte, ein Errichtungsverbot für Gesamtschulen zu erlassen. Ferner sei seinerzeit sofort das sehr erfolgreiche kooperative Modell von Haupt- und Realschulen abgeschafft worden. Die Oberschule könne daher nicht als neue Schulform bezeichnet werden. Im Prinzip handele es sich jedoch um einen Schritt in die richtige Richtung.

Herr Henning erklärt sich einverstanden, den Änderungsantrag von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in dem von Herrn Mierke vorgeschlagenen Sinne zu ändern.

Abweichender Beschluss:

Gemäß geändertem Änderungsantrag von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

- „1. Der Rat der Stadt Osnabrück wertet die Einführung der neuen Schulform Oberschule als Teilschritt in Richtung eines integrativen Schulsystems ~~und begrüßt, dass die Regierun~~gsfraktionen des Landtags ihre vormalig ablehnende Haltung gegenüber früheren Kooperationsmodellen von Haupt- und Realschulen als falsch erkannt haben.
2. Die Oberschule ist **für den Rat nur dann ein qualitativer Fortschritt des Schulangebots, wenn eine Kooperation mit der Sekundarstufe II bzw. bestehenden Gymnasien gelingen sollte.**
3. Der Rat der Stadt Osnabrück sieht die Integrative Gesamtschule als jenes Schulmodell an, das am ehesten dem Bildungsauftrag integrativer Beschulung gerecht wird.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ~~unter den Voraussetzungen von Punkt 3~~ zu prüfen, ob die Hauptschule Innenstadt und die Realschule Westerberg – eingebunden in die Kooperation mit einem bestehenden Gymnasium – die Voraussetzungen ~~ohne gymnasialen Zweig~~ für die Einführung einer Oberschule besitzen.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **angenommen**.